

# Monitoring KW 11

## Viele Schließungen in der Gastronomie- Könnte erst Beginn der Welle sein

*Laut einer veröffentlichten Studie der Wirtschaftsauskunftei Creditreform mussten seit dem Jahr 2020 etwa 48.000 Betriebe bundesweit schließen und 6.100 haben einen Antrag auf Insolvenz gestellt.*

Prognostiziert wird, dass die **Branche noch weiter schrumpft**. "Die Welle hat gerade erst begonnen", meint Patrik-Ludwig Hantzsch, der Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform.

Für die Schwierigkeiten der Branche gibt es **mehrere Ursachen**. Die Branche sehe sich mit **gestiegenen Kosten** konfrontiert und die **notwendigen Preiserhöhungen würden Kunden abschrecken**. Infolgedessen sind die preisbereinigten Umsätze und Erträge niedriger als vor der Pandemie. Laut dem Statistischen Bundesamt lag der preisbereinigte Umsatz von Gastronomiebetrieben im Jahr 2023 knapp 13 Prozent unter dem von 2019.

Während der Corona-Pandemie hatte die Bundesregierung im Jahr 2020 den Steuersatz für Speisen in Restaurants temporär von 19 auf 7 Prozent gesenkt. **Seit Januar gelten wieder die alten, höheren Steuersätze.**

**Vor allem kleine Betriebe und junge Unternehmen (höchstens fünf Jahre alt) von Insolvenzen betroffen.**

## Rückzahlung von Corona Hilfen in BW- Die Betriebe verzweifeln

*Die Rückzahlung von Corona-Hilfen erweisen sich aufgrund hoher Bürokratischer Hürden als kompliziert. Betriebe verzweifeln und die Verfahren kommen nicht wirklich voran. Die Frist zur Prüfung wurde daher auf Ende September verlängert.*

In Baden-Württemberg haben vor allem kleinere und mittlere Unternehmen **in über 250.000 Fällen Corona-Hilfen des Bundes in Anspruch genommen**. Firmen in BW bekamen rund zehn Milliarden an Corona-Hilfen.

Jetzt sollen die Betriebe haarklein **nachweisen, ob die Einnahmeausfälle auch wirklich so hoch waren, wie damals während der Lockdowns geschätzt**. Viele Betriebe - und mit ihnen ihre Steuerberater - sind **überfordert** und **fürchten wegen drohender Rückzahlungen um ihre Existenz**.

Immerhin wurde nun die **Frist zur Prüfung der Corona-Hilfen**, um ein halbes Jahr bis Ende September **verlängert**. Zudem sollen die Verfahren bei kleineren Firmen beschleunigt werden. Das bestätigte die baden-württembergische Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU).

Doch viele Betriebe bezweifeln, ob dieser Aufschub und diese Änderung ausreichen. Einzelne **Betriebe klagen gegen die zuständige L-Bank**. Diese setzt vor allem auf private Wirtschaftsprüfer, die dafür rund 220 Millionen Euro bekommen.

### **Kabinettsbeschluss zum BEG IV**

*Die Bundesregierung hat im Kabinett einen Regierungsentwurf für das neue Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) gebilligt.*

Nachdem mit dem Meseberger Beschluss im Sommer 2023 ein Eckpunktepapier zum BEG IV vorgelegt wurde, folgt nun der Regierungsentwurf der Ampel.

Das Gros der Entlastungen des BEG IV entfällt dabei auf **folgende vier Maßnahmen**:

- Der Entwurf sieht Änderungen des Handelsgesetzbuchs, der Abgabenordnung und des Umsatzsteuergesetzes vor, die die **Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege** im Handels- und Steuerrecht einheitlich **von zehn auf acht Jahre** verkürzen.
- Es soll eine **zentrale Vollmachtsdatenbank der Steuerberater** für Vollmachten im **Bereich der sozialen Sicherung** (Generalvollmachten) eingerichtet werden.
- Für deutsche Staatsangehörige soll zukünftig **keine Hotelmeldepflicht** mehr bestehen. Das soll zu einer erheblichen Entlastung der Beherbergungswirtschaft und der betroffenen Übernachtungsgäste führen.
- Der digitale Wandel soll insbesondere durch die **Absenkung von Formerfordernissen im Zivilrecht** gefördert werden. Dies ermöglicht es, viele Rechtsgeschäfte künftig ohne Medienbrüche digital abzuwickeln, und soll damit sowohl im Alltag von Unternehmen als auch von Bürgerinnen und Bürgern zu spürbaren Erleichterungen führen. Dazu zählen auch weitere Maßnahmen, wie beispielsweise die Digitalisierung der Betriebskostenabrechnung sowie die Option, künftig bei der Flugabfertigung Reisepässe digital auszulesen.

Das **Entlastungspotential** des Gesetzes für Unternehmen durch Bürokratieabbau soll **bei rund einer Milliarde Euro** liegen.

Das BEG IV ist **Teil einer Offensive zum Bürokratieabbau**, zu der auch die Anhebung der Schwellenwerte oder das Wachstumschancengesetz gehören.

Justizminister Buschmann: BEG IV sei zentraler Baustein des Meseberger Entlastungspakets. Dieses Paket entlaste Unternehmen um mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr.

### **Nach OZG-Gipfel im Kanzleramt- Digitale Verwaltung soll stärker zentralisiert werden**

*Pläne des Bundes und der Länder bei der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen stärker zu zentralisieren.*

Derzeit wird, um die digitale Landschaft der Verwaltung zu beschreiben, oft der Vergleich des Flickenteppichs herangezogen. Die **digitale Ausgestaltung der Verwaltung ist von Bundesland zu Bundesland verschieden**.

Um stattdessen wieder einen einheitlicheren roten Verwaltungsteppich auszurollen, wird immer wieder die Idee ins Spiel gebracht, stärker zu zentralisieren - auch bei dem Angebot und Betrieb von Verwaltungsleistungen.

Seit dem OZG-Gipfel im Bundeskanzleramt kommt langsam Bewegung in die Sache, zumindest bei einer Leistung. Derweil feilen einige Länder an ihren eigenen Zentralisierungsideen.

### **Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin besucht die USA**

*BW-Wirtschaftsminister Hoffmeister-Kraut war in dieser Woche (11.03-17.03) in den USA zu Gast.*

Hoffmeister-Kraut: „Mit der Unicorn-Factory Austin und mit Houston besuchen wir zwei der erfolgreichsten Start-up Hotspots in den USA. Auf unserer Reise werden wir die lokalen und innovationsstarken Start-up Ökosysteme kennenlernen und an unsere transatlantischen Kontakte anknüpfen“

Mit einer **rund 30-köpfigen Wirtschaftsdelegation** ist Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, am 11. März zu einer mehrtägigen Reise in den Bundesstaat Texas, USA, aufgebrochen. Sie wird dort die weltweit größte Innovations- und Start-up-Messe South by Southwest (SXSW) sowie die Städte Austin und Houston besuchen.

**Schwerpunkte der Reise sind insbesondere die Themen Start-ups und Start-up Ökosysteme im Bundesstaat Texas.**

Zudem steht ein Besuch bei der **AHK San Francisco** an. Dort unterhält Baden-Württemberg bei der AHK San Francisco eine **Wirtschaftsrepräsentanz, um gezielt klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) aus Baden-Württemberg beim Auf- und Ausbau von Geschäftsbeziehungen zu begleiten.**

**Die USA sind nach wie vor der wichtigste Handelspartner Baden-Württembergs** (1. Rang im Länderranking mit Ausfuhren in Höhe von 36,415 Milliarden Euro in 2023. Das entspricht etwa 16,5 Prozent der baden-württembergischen Gesamtausfuhren. Umgekehrt importierte Baden-Württemberg Waren im Wert von insgesamt 18,464 Milliarden Euro aus den USA. Das entspricht 9,3 Prozent der baden-württembergischen Gesamteinfuhren.